

## Fragwürdige Wachstumskritik

Zu Niko Paechs *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*, oekom verlag, München (4. Aufl.) 2013

Das politische Alltagsgeschäft folgt einer parteiübergreifend geteilten Maxime: Staatliches Handeln muss das wirtschaftliche Wachstum fördern. Ein steigendes Bruttoinlandsprodukt (BIP) gilt nicht nur als Voraussetzung für volkswirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit und ausgeglichene Arbeitsmärkte. Durch wirtschaftliches Wachstum sollen auch der Wohlfahrtsstaat gesichert und gesellschaftliche Probleme im Sinne „sozialer Gerechtigkeit“ und „hoher Lebensqualität“ gelöst werden. Die Wachstumsfixierung ist kennzeichnend für wirtschaftspolitische Konzepte unterschiedlicher Provenienz. Sie findet sich in angebotsorientierten Ansätzen ebenso wie im sozialdemokratischen Keynesianismus oder im grün inspirierten Diskurs über ein „qualitatives Wachstum“.

Aber schafft ein steigendes BIP tatsächlich bessere Lebensbedingungen? Der Oldenburger Wirtschaftswissenschaftler Niko Paech möchte mit „Befreiung vom Überfluss“ demonstrieren, warum dies nicht der Fall ist. Für den prominenten Wachstumskritiker, über den auch *Spiegel* und *Bild* berichten, ist das BIP kein Indikator für Wohlstandsmehrung, sondern ein „Maß für ökologische Zerstörung“ (S. 9). Paech geht davon aus, dass der Ressourcen- und Naturverbrauch der Wachstumsökonomien ein katastrophenträchtiges Stadium erreicht hat. Seinem Buch schreibt er deshalb die Aufgabe zu, Alternativen zu einem Wohlstandsmodell aufzuzeigen, „das aufgrund seiner chronischen Wachstumsabhängigkeit unrettbar geworden ist“ (S. 7).

Keine echte Alternative zum klassischen Wachstumsparadigma erblickt Paech in Forderungen nach einem „grünes Wachstum“, einem „Green New Deal“ oder einer „dritten industriellen Revolution“. Solchen Konzepten wirft er vor, Unvereinbares unter einen Hut bringen zu wollen: Einerseits solle durch nachhaltige Produkte, Technologien und Infrastrukturen die Ökologie geschützt werden, andererseits solle die Ökonomie weiter expandieren und „niemandem eine Zurückstellung seiner/ihrer Selbstverwirklichungsansprüche oder Gewinnaussichten zugemutet werden“ (S. 72). Paech will die Vorstellung, durch grüne Innovationen könne das BIP ohne wachsende Umweltschäden wachsen, ad absurdum führen. Zu diesem Zweck kommt er auf Themen wie das Drei-Liter-Auto, die Energiewende und die Mikro-/Halbleiterelektronik zu sprechen. Für Paech ist offensichtlich, dass diese technologischen Aushängeschilder der „dritten industriellen Revolution“ keineswegs eine Entkopplung des ökonomischen Wachstums vom volkswirtschaftlichen Naturverbrauch bewirken (S. 75).

### Oberflächliche Analyse

Kritik an der Wachstumspolitik, besonders an ihrer grünen Spielart, ist zweifelsohne notwendig. Zu bezweifeln ist aber, ob sich die kritische Auseinandersetzung mit Konzepten wie dem „Green New Deal“ auf Niko Paech stützen sollte. Sein Buch propagiert einen Typus von Wachstumskritik, dessen Nähe zu ökonomisch-politischen Ordnungsvorstellungen mit geringem emanzipatorischem Gehalt ins Auge springt. Ein Beispiel: Paechs Ursachenforschung zur ökologischen Krise geht davon aus, der Mensch habe „über seine Verhältnisse“ gelebt (S. 13). Diese Problemdeutung erfreut sich großer Beliebtheit in konservativen und rechtsliberalen Kreisen. Aus deren Sicht handelt es sich nämlich bei Wachstumswang und Umweltzerstörung um die Konsequenzen eines „gleichheitsideologisch“ und „wohlfahrtsbürokratisch“ geförderten „Hedonismus“. Folgerichtig wird eine „kulturelle Erneuerung“ verlangt, die zu mehr Akzeptanz für

gesellschaftliche Ungleichheiten und Hierarchien führen soll. Niko Paech scheint derlei Herrschaftsideologie nicht zu stören. Er diskutiert und hinterfragt in seinem Buch die konservative Wachstumskritik nicht. Daher finden sich in „Befreiung vom Überfluss“ auch keinerlei Hinweise auf die Strömungen in der umwelt- und wachstumspolitischen Debatte, die nach herrschaftskritischen Alternativen zu den Rezepten der rechtslastigen „Kulturenerneuerer“ suchen.

Paechs Desinteresse an dem, was Linke zur ökologischen Krise zu sagen haben, geht einher mit einem gesellschaftswissenschaftlich uninformaten Blick auf die Wachstumsfrage. Sein Buch greift hauptsächlich auf Wissensbestände der Geo- und Biowissenschaften zurück, wenn es Phänomene à la „Peak Oil“ thematisiert (S. 67). „Befreiung vom Überfluss“ liefert verschiedene Beispiele dafür, wie die Menschen die natürlichen Ressourcen bis zur physischen Erschöpfung plündern und anschließend schadstoffintensiv nutzen und entsorgen. Paech vermag aber nicht zu erklären, warum die Menschheit so folgenreich in die Natur eingreift. Bei ihm kommt zu kurz, dass die Menschen nicht einfach aus freien Stücken handeln, sondern in ihnen vorgegebenen historischen Gesellschaftsformationen. Geo- und Biowissenschaften brauchen, wenn sie zur Lösung der ökologischen Krise beitragen wollen, eine gesellschaftswissenschaftliche Fundierung. Nur so können die zunehmenden Verflechtungen zwischen den politökonomischen und den biophysischen „Funktionsräumen“ offen gelegt werden.

Ein Analyseansatz, der beim Begreifen der Verflechtungen zwischen Natur und Gesellschaft einen wichtigen Beitrag leisten kann, ist die Marx'sche Kritik der politischen Ökonomie. Wirtschaftsprofessor Paech hat aber etwas gemein mit den meisten Kollegen seiner Zunft: auch er hat sich offenbar nie ernsthaft mit den „Blauen Bänden“ befasst. „Befreiung vom Überfluss“ reduziert Marx auf einen Proletariatsfan, der sich dafür stark macht, dass die „fleißigen Arbeitnehmer“ einen möglichst hohen Anteil vom Güterreichtum erhalten, die ökologischen Kosten der wachsenden Güterproduktion jedoch ignoriert (S. 38). Doch ist Marx tatsächlich so ignorant? Die Lektüre seiner Wertkritik zeigt ein anderes Bild: Marx diagnostiziert, dass die kapitalistischen Gesellschaften durch die unpersönliche, als Sachzwang auftretende Herrschaft von Wert und Kapital strukturiert werden. Diese Herrschaft hat sehr dynamische, allerdings zugleich auch immer destruktivere Formen des Wirtschaftens zur Folge. Gefährdet sind deshalb nicht nur die Möglichkeiten zur selbst bestimmten und kreativen Lebensgestaltung, sondern auch die natürlichen Grundlagen des menschlichen Produzierens und Konsumierens.

### **Dubioses Weltbild**

Vom hohen Analyse- und Kritikniveau der Marx'schen Theorie ist Niko Paech weit entfernt. Sein Buch bemüht sich nicht um eine differenzierte Diagnose der komplexen Herrschafts- und Abhängigkeitsstrukturen im Hightech-Kapitalismus. Es reproduziert stattdessen das elitäre, den „gleichmacherischen Wohlfahrtsstaat“ verachtende Weltbild der konservativen Kulturkritik. Paech echauffiert sich mit viel Schaum vor dem Mund über die „Demokratisierung des Wohlstandes“ (S. 51). Sie hat in seinen Augen eine „konsumgieriger Masse“ mit sozialmoralisch defizitären Lebensstilen entstehen lassen. Folglich wird in „Befreiung vom Überfluss“ undifferenziert und grobschlächtig über allerlei lamentiert: über die nachlassende Fähigkeit zu körperlicher Arbeit, über Bequemlichkeit und Übergewicht, über den Tourismus und über die handwerkliche Fertigkeiten auslöschende „Aufblähung des Bildungssektors“ (S. 56).

Hat Niko Paech Recht? Konsumieren die Menschen tatsächlich zuviel? Muss eine Kultur des Konsumverzichts gefördert werden? Die Berliner *Assoziation gegen Kapital und Nation* verneint diese Fragen aus guten Gründen: „An sich gibt es an dem Wunsch nach einem Großbildfernseher oder einem Handy mit Farbdisplay nichts auszusetzen – in einer an den Bedürfnissen ausgerichteten Ökonomie müsste man sich nur die Frage stellen, wie diese Güter am besten zu produzieren sind. In dieser Gesellschaft aber dürfte so gut wie jeder das Phänomen kennen, dass man angesichts des knappen Geldbeutels eben nicht all das konsumieren kann, was man möchte. Die Regel ist gerade, dass man sich einschränken muss. Die Entscheidung darüber, welche Bedürfnisse unbedingt befriedigt werden müssen, und ob man das neue Paar Schuhe oder den neuen Fernseher wirklich unbedingt braucht, muss von jedem ständig gefällt werden. Konsumkritiker glauben jedoch, das Problem liege in erster Linie bei den Menschen selbst, die mit ihren überzogenen Ansprüchen immer mehr wollen, als sie eigentlich brauchen. Statt den Zweck der Wirtschaft zu kritisieren, wird ein moralischer Appell an die Einzelnen gerichtet, ihre Bedürfnisse zurück zu schrauben und sich somit in einem System einzurichten, das notwendigerweise einen Großteil ihrer Wünsche unerfüllt lässt.“

### **Problematisches Konzept**

Paechs Analysen der Wachstumsökonomien sind alles andere als reflektiert und richtungweisend. Was aber ist von seinem Konzept einer „Postwachstumsökonomie“ zu halten? „Befreiung vom Überfluss“ schwebt eine „Ökonomie der Nähe“ vor: Durch „eine tendenzielle Verkürzung oder Entflechtung komplexer Produktionsketten“ sollen „strukturelle und kulturelle Wachstumstreiber“ ausgeschaltet und eine „Reduktion des Fremdversorgungsgrades“ herbeigeführt werden (S. 113). Die „Ökonomie der Nähe“ wird sich nach Paechs Vorstellungen von der Regional- über die Lokal- bis zur Selbstversorgung erstrecken und einem mehrgliedrigen Versorgungssystem den Weg ebnen. Dieses System soll dem Leitsatz „So regional wie möglich, so global wie nötig“ folgen (S. 118) und aus drei Elementen bestehen: aus einer entmonetarisierten Lokalversorgung, aus einem regionalökonomische System auf Grundlage zinsloser Komplementärwährungen und – als zu minimierende Restgröße – aus Leistungen aus globaler Arbeitsteilung (S. 119/151).

Manches von dem, was Paech in seinem Konzept einer Postwachstumsökonomie anspricht, spielt auch in den linken Diskussionen um Globalisierung und „solidarisches Wirtschaften“ eine wichtige Rolle. Etwa seine Überlegungen zur Stärkung der Gemeingüter/Commons (S. 120). Oder seine Beschäftigung mit der Bodenfrage (S. 135). Gleichwohl können auch die konzeptionell-strategischen Kapitel in „Befreiung vom Überfluss“ nicht überzeugen. Überaus fragwürdig ist zum Beispiel Paechs umfängliches Plädoyer für zinslose Regional- und Komplementärwährungen à la „Chiemgauer“ oder „Bremer Roland“ (S. 117). Die Idee, das Geld durch die Abschaffung des Zinses zu reformieren und regionalisieren, wurzelt in einer Verklärung der kleinkapitalistischen „einfachen Warenproduktion“. Und in einer Dämonisierung der Finanzsphäre. Sie wird, im Einklang mit rechten Ideologien gegen das „raffende“ Kapital, für alle kapitalistischen Übel verantwortlich gemacht. In der „einfachen Warenproduktion“ soll das Geld nur ein Mittel zur Erleichterung des Produktentauschs sein und „der Gesellschaft dienen“. Alle bisherigen Versuche, mit zinslosen Komplementärwährungen Postwachstumsökonomien zum Durchbruch zu verhelfen, waren indes zum Scheitern verurteilt. Die Regionalgelder verwandelten sich immer in ganz normales Geld. In Geld also, das nicht nur als Tauschmittel dient, sondern zum Selbstzweck der Produktion wird und als sich selbst verwertendes Kapital Profite und Zinsen abwirft.

Viele Befürworterinnen und Befürworter des Regionalgelds machen sich zusätzlich für die Einführung von „Vollgeld“ stark. Daher kann es nicht erstaunen, dass auch Niko Paech für dieses geldreformerische Instrument plädiert (S. 134). Die Vollgeldidee geht davon aus, dass marktwirtschaftliche Instabilitäten und Krisen auf eine Übermenge an Krediten zurückzuführen sind. Deshalb wird gefordert, die „Giralgeldschöpfung“ zu unterbinden und so dafür zu sorgen, dass Geschäftsbanken aus den ihnen zufließenden Depositen nicht wieder Kredite vergeben können. Die Banken müssen nach den Vorstellungen des Vollgeldkonzepts ihre Kredite komplett durch die Zentralbank refinanzieren. So soll der staatlichen Zentralbank eine vollständige Kontrolle des Kredits ermöglicht werden. Eine Idee, die nicht neu ist: Entwickelt wurde das Vollgeldkonzept schon in den 1930er Jahren von Wirtschaftswissenschaftlern, die einer Quantitätstheorie des Geldes anhängen und marktradikale mit (geld-) technokratischen Positionen mischten. Seither sind von geld- und krisentheoretisch bewanderten Ökonominen und Ökonomen viele Argumente gegen die Quantitätstheorie und gegen das Vollgeldkonzept vorgebracht worden. Was den Vollgeldfan Niko Paech aber nicht zu interessieren scheint.

Statt auf kritische Einwände gegen Regional- und Vollgelder einzugehen, schwärmt „Befreiung vom Überfluss“ lieber für das Kleinunternehmertum. Dezentrale Betriebe sind Paech zufolge „per se transparenter und demokratischer zu kontrollieren“ als Großunternehmen (S. 118). Empirisch fundiert ist diese Einschätzung nicht. Es zeigt sich immer wieder, dass viele Kleinunternehmen durch besonders prekäre Arbeitsbedingungen gekennzeichnet sind. Auch um die Umweltbilanz dezentraler Produktionskapazitäten ist es oft nicht zum Besten bestellt. Und außerdem weisen kleinere und mittlere Betriebe allzu oft noch undemokratischere und autoritärere Entscheidungs- und Organisationsstrukturen auf als die Großunternehmen.

Es besteht kein Grund zur Glorifizierung des Mittelstands, auch nicht seines alternativökonomisch geprägten Segments. Bei einem Teil der Alternativbetriebe handelt es sich um nichts anderes als um Klitschen, für die Selbstaussbeutung und ständiges Lavieren am ökonomischen Abgrund typisch sind. Ein anderer Teil produziert Waren, die sich aufgrund ihrer hohen Preise nur Besserverdienende leisten können. Wer nur wenig Geld hat, kann vielleicht versuchen, einen Teil seiner Bedürfnisse durch die in „Befreiung vom Überfluss“ gepriesenen „Tauschringe“ und „Netzwerke der Nachbarschaftshilfe“ (S. 122) zu befriedigen. Solche Formen lokalen Austauschs sind aber wohl kaum in der Lage, größere gesellschaftliche Wirksamkeit in Richtung einer emanzipatorischen Postwachstumsökonomie zu entfalten.

Niko Paechs Postwachstumsökonomie taugt, so lässt sich zusammenfassen, nicht als Leitfaden für eine „nachhaltige“ Kritik und Veränderung kapitalistischer Verhältnisse. Trotzdem wird „Befreiung vom Überfluss“ viel gekauft, auch in linken Kreisen. Das hat vermutlich damit zu tun, dass auch Linke bisweilen zur Idealisierung des Kleinwirtschaftlichen neigen. Ein Beispiel dafür liefert Sahra Wagenknecht. Bei der Spitzenpolitikerin der Linkspartei gehen populistische Phrasen gegen „Monopolkapital“ und „Finanzmafia“ einher mit Sympathiebekundungen für Ludwig Erhard und den „produktiven Mittelstand“. Sympathiebekundungen für Regionalgeld und Vollgeld sind aus der globalisierungskritischen Bewegung zu hören. Hier verfügt Niko Paech, der dem wissenschaftlichen Beirat von Attac angehört, offenkundig über gute Einflussmöglichkeiten. Umso wichtiger ist es deshalb, nach Alternativen zu seinem Konzept der Postwachstumsökonomie zu suchen.

**Geert Naber (Oldenburg)**